

Leserbrief zum Kommentar von Gerhard Wagner „Es reicht“

Herr Wagner weist die sehr wohl berechtigte Kritik der französischen Finanzministerin Lagarde an Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands harsch zurück und warnt vor „kranker“ Kritik am Exportland Deutschland. Fakt ist jedoch unsere Exportfähigkeit ist erkaufte mit der Etablierung eines europaweit einmaligen Niedriglohnsektors, Reallohnverlusten (durch Inflation) und Steuersenkungen für Unternehmen. Andere Länder Europas können sich dank höherer Löhne und nachfrageorientierter Politik wesentlich mehr Konsum leisten, während die stagnierende deutsche Binnennachfrage seit Jahren ein großes Problem für die hiesige (zumindest nicht international agierende) Wirtschaft darstellt. Doch wir können uns selbstredend Belehrungen schenken, schließlich soll doch am deutschen (Wirtschafts-)Wesen die Welt genesen. Sollen die Franzosen doch so „zukunftsfähig“ wie wir werden. Die eine oder andere neoliberale Reform, oder das Kaputtsparen des Sozialstaates wie hierzulande würden es schon richten, meint der Laie. Vergessen wird dabei, dass Deutschland nur Waren exportieren kann, die anderswo importiert werden. Das heißt, wenn unsere Nachbarn ebenfalls den deutschen exportfixierten Sonderweg eingeschlagen hätten, würde der deutsche Export nicht dermaßen florieren.

Die immensen Ungleichgewichte im europäischen Außenhandel können auf Grund der Gemeinschaftswährung nicht durch Auf- bzw. Abwertung der Währungen gelöst werden, dass führt dazu das die Spaltung und Entsolidarisierung der Eurozone vorangetrieben wird. Es bleibt die Feststellung, dass die europäische Wirtschaftspolitik nicht „deutscher“ sondern die deutsche Wirtschaftspolitik „europäischer“ (also nachfrageorientierter) werden muss. Dies jedoch durch eine Kürzung der deutschen Zahlungen an die EU zu finanzieren, ist im Anbetracht der oben genannten Tatsachen, erst einmal zynisch, und noch dazu, wie es Joan Robinson einst formulierte, „Bastardkeynesianismus“. Nachfrageorientierte Politik heißt nicht, dass der Staat einmal in die Wirtschaft eingreift und Geld „raushaut“ (wie bei der Bankenrettung) sondern dass strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Nachfrage und zur Lenkung der Wirtschaft, wie z.B. ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt, höhere Investitionen in Infrastruktur und Bildung, stärkere Besteuerung von Besserverdienenden und Unternehmen bis zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, vorgenommen werden.

Patrick Lange, Bunsöh

Kreisvorsitzender der JungsozialistInnen in der SPD